

Marzahn- Hellersdorf *links*

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Geschichte(n) für die Enkel - Geschichten von Mitgliedern und Sympathisanten der LINKEN. Die Autorinnen und Autoren wollen dazu beitragen, dass Bewahrenswertes und auch Kritikwürdiges aus der DDR nicht in Vergessenheit gerät Seite 1

Gegen den Vertrag von Lissabon. Für viele gar kein Thema? Und weshalb sollte man überhaupt wogegen sein? Norbert Seichter unternahm den Versuch einer Erklärung. Und danach weiß man auf alle Fälle allerhand mehr. Seite 5

Die Jugendseite - die 13. in Folge - mit den Themen: Zum 3. Oktober - 18 Jahre Deutsche Einheit - eine kleine Bilanz / 800 Menschen bei „Rock für Links“ / M wie Migration / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Tipps Seite 7

Geschichte(n) für die Enkel

Mit dem Aufruf, Geschichten aus dem eigenen Leben aufzuschreiben, wandte sich der Bezirksvorstand der Marzahn-Hellersdorfer LINKEN in Auswertung seiner im Jahr 2007 durchgeführten Mitgliederbefragung an die eigene Basis. Um Geschichte lässt es sich trefflich streiten, besonders um deren Interpretation. Jede und jeder hat anderes erlebt, wahrgenommen und sich ein Bild gemacht.

Was soll den Nachkommen an Wissenswertem, Erhaltenswertem und Kritikwürdigem zumindest schriftlich hinterlassen werden? Wie, wenn nicht diejenigen, die eigene Erinnerungen haben, das für die „Nachwelt“ festhalten? Oft sagt man dem Freund, der Bekannten: „Mensch, das müsstest du aufschreiben.“ Es stecken viele interessante Geschichten in unseren Leben.

Und genau das haben einige getan, nämlich Lesenswertes, Erzählenswertes zu Papier gebracht. Ein Teil dieser Geschichten wurde am ersten Oktobersonntag im Theater am Park in Berlin-Biesdorf vorgestellt. Und das soll erst der Anfang sein einer möglichen Veranstaltungsreihe zum Thema „Geschichte(n) für

die Enkel“. Amüsantes und Ernsthaftes, ganz verschiedene Themen kamen zur Sprache: Ob nun Günther Ballentin über „Vaters letztes Pferd“ schreibt, Brunhild Hauschild das in der DDR sehr beliebte Kinderferienlager

pe auf Auslandstour“ und Hanna Pankratz' „Geld, Geld, Geld“. Norbert Seichter las „Wie Jürgen Holtz in den Westen kam“, und den Abschluss bildete eine Geschichte von Peter Kohler, wie er unter anderem den 7. Oktober 1989 erlebte.



Aufmerksame Zuhörer beim Veranstaltungsauftritt „Geschichte(n) für die Enkel“ im Marzahner Theater am Park. Eine gelungene Premiere. Fortsetzung folgt!

Foto: Y. Rami

in Erinnerung bringt, Horst Schubert auffordert, „Glaubwürdig (zu) bleiben ...“, Käthe Schmidt über „Meine besten Jahre“ erzählt, auch „Die Anonymität eines Hochhauses“ wird beschrieben. Das hat Bernd Preußner in seiner Geschichte versucht. Nicht alle Autorinnen und Autoren, die dem Aufruf folgten und ihre Gedanken zu Papier gebracht haben, konnten an diesem Sonntagnachmittag ihre Erinnerungen auch selbst vortragen. Es waren einfach zu viele. So werden diese Geschichten später in gedruckter Form zu haben sein. Bereits erleben konnten die Zuhörer im Theater am Park allerdings schon Wolfgang Reuters humorvolle Reise „Mit der Rennpap-

pe wie und wo man die Geschichten in gedruckter Form finden wird.

Yvette Rami, Text und Foto

Mick's Washboard unterhielt „zwischen durch“ mit jazzigen Klängen. Rundherum ein gelungener Nachmittag, der sicher Wiederholungen haben wird – dann natürlich neue „Geschichte(n) für die Enkel“.

Marzahn-Hellersdorf links wird rechtzeitig darüber informieren,

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Ralf Jäger / Petra Pau: DIE LINKE wird verdammt, die Rechte hofiert

Seite 3:

Bei anderen gelesen: Finanzsenator Sarrazin tourte durch Marzahn

Seite 4:

Marzahner Rathaus denkmalwürdig

Seite 5:

Gegen den Vertrag von Lissabon

Seite 6:

Siedlungsgebiete / Kuba braucht Hilfe

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Zur Person: Neuer alter Genosse

Sie kennen Ralf Jäger nicht? Ging mir auch so. Bis an einem Mittwoch ein Bürger dieses Namens im Fraktionsbüro anrief und nach den Anreisemodalitäten für die Wahlkampfhelfer in Bayern fragte. Unglücklicherweise ist Mittwoch der Tag, an dem die Partei nicht ohne weiteres zu erreichen ist wegen Besprechungen im Karl-Liebknecht-Haus. So landete er im Fraktionsbüro. Zunächst telefonisch, dann wieder an einem Mittwoch in persona. Auffällig ein kleines Anhängsel aus Holz mit weißer Farbe, die Friedenstaube, die viele von uns aus jungen Jahren kennen. Heute noch auf Aufklebern und Ansteckern, genannt, Sticker und Buttons, zu sehen. Die nächste Auffälligkeit, der wache, kritische Blick, dem ich ein neues Schild neben der Tür und auf dem Briefkasten verdanke. So sind wir als Fraktion besser erkennbar. Ein Mann der Tat eben.

Ralf Jäger, Jahrgang 1961, ist als gebürtiger Thüringer ein so genannter Rucksackberliner. Sechs Jahre seiner Kindheit

verbrachte er wegen Arbeit der Eltern in Jugoslawien. Beruflich begann Ralf als Elektronikfacharbeiter im Werk für Fernsehlek-



Ralf Jäger

Foto: Y. Rami

tronik. Doch da waren noch Wünsche offen. Besonders die Palette kultureller Berufe inte-

ressierte ihn. Entschieden hat er sich dann anders. Nach der Armeezeit schloss sich ein Studium in Glashütte im Bereich Konstruktion / Feinwerktechnik an. Bis zur Wende hat Ralf Jäger im Institut für wissenschaftlich-technischen Gerätebau im Bereich Forschung und Konstruktion gearbeitet. Auch nach 1989 ist er im Beruf und in der Partei, der er seit 1980 angehört, geblieben. Zunächst im Werk für Signal- und Sicherheitstechnik Berlin, dann von Siemens übernommen wurde. Auch dort kam es zu einer „personellen Verschlankung“. Nach einer Umschulung zum Vermessungstechniker hat er bis zum nachlassenden Bauboom in der Bauplanung gearbeitet. In den alten Bundesländern auf dem Gebiet der Sicherheitsgrafik tätig, kehrte Jäger im Jahr 2005 wieder nach Berlin zurück und ist seit dem Hellersdorfer. Er würde gern auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen, aber außer Projektarbeit und ABM hat sich noch nichts ergeben. Mehr noch, gesellschaftlich aktiv sein und politisch etwas bewegen! Genosse Jäger orientiert sich gerade neu in seiner „alten“ Partei. Früher war er in Hohenschönhausen BO-Sprecher, heute zieht es ihn eher zu projektbezogener politischer Arbeit.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB):

DIE LINKE wird verdammt – die Rechte wird hofiert

„CDU in Sachsen will LINKE und NPD gleichbehandeln!“ Das ist eine von vielen Schlagzeilen der zurückliegenden Wochen. Zugleich habe die CDU das „Bündnis der demokratischen Parteien aufgekündigt“, das mit dem Einzug der NPD in den Landtag anno 2005 unter anderem zwischen der Union, der SPD, der Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen im Freistaat vereinbart wurde.

Diese versuchte Gleichsetzung von NPD und Linkspartei ist nicht neu. Die Technische Universität in Chemnitz honoriert dafür sogar einen Professor, der mit einschlägigen Thesen seine Studierenden füttert. Insider vermuten, dass nämlich Prof. Dr. Eckhard Jesse der eigentliche Autor des Thesenpapiers ist, das nunmehr von CDU-Fraktionschef Steffen Flath verkündet wurde.

Die Dämonisierung der Linken in Sachsen hat also viele Väter, in der Politik, in der Wissenschaft, im rechtsextremen Milieu. Letzteres breitet sich aus. Ganze Regionen versucht es in Besitz zu nehmen. Durchaus mit Erfolg, wie einschlägige Wahlerfolge der NPD und selbst die offizielle Kriminalstatistik zeigen. Sachsen ist bei alledem unter den Bundesländern gefährlich Spitze.

Jesse ist ein verbohrtter West-Ideologe. Flath ist ein machtgewendeter Ost-CDUler. Im Doppelpack kann's übel werden. Denn die Verleumdung der LINKEN als undemokratische Extremisten ist vor allem eine Verharmlosung der NPD und anderer Rechtsextremisten. Flath nimmt das billigend in Kauf. Schlimmer noch: Der CDU-Mann tut es mit Vorsatz.

Wieder können sich die NPD und weitere rechtsextremistische Kameraden in die Fäuste feixen. „Der Hauptfeind steht links!“ Das ist die wiederkehrende Botschaft. Und das ist zugleich eine schlimme Verhöhnung aller Opfer des Faschismus, die sich als Linke gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren, egal an welchem Ort und egal in welcher Partei.

Neulich demonstrierte ich in Memmingen gegen die NPD. Das örtliche Bayerische Protest-Bündnis reichte von der CSU bis zur LINKEN. Jüngst war ich auf dem „Fest der Demokraten gegen Rechtsextremismus“ am Bahnhof Berlin-Schöneeweide. Wieder waren alle demokratischen Parteien dabei und noch viel mehr Initiativen und Verbände – engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Ich finde: Es gibt ein Feld, das man nicht

parteilich missbrauchen, sondern über alle sonstigen Konflikte stellen sollte: der gemeinsame Kampf gegen Rechtsextremismus. Er ist gesellschaftlich nur in möglichst breiten Bündnissen zu gewinnen. Sachsens CDU aber verdammt DIE LINKE und manövriert sich damit nach rechtsaußen. Genau das ist für die Demokratie extrem gefährlich.

Miniclub von Atheisten ist nicht Sinn der Sache

Zum Start des Volksbegehrens »Pro Reli« erklärt Petra Pau, Berlin-Beauftragte der Fraktion DIE LINKE:

Das Pflichtfach »Ethik« ist ein modernes Schulangebot in einer multikulturellen Stadt wie Berlin. Wer ihm ein Fach »Religion« als Wahlalternative entgegensetzen will, entzieht »Ethik« jegliche Grundlage. »Ethik« kann nur zum Erfolg führen, wenn alle Schülerinnen und Schüler mit ihren jeweiligen kulturellen und religiösen Hintergründen daran teilnehmen. Entziehen sich aber die konfessionsgebundenen Schülerinnen und Schüler, dann bleibt ein Miniclub von Atheisten. Das ist nicht Sinn der Sache.

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm

Die sich in Gründung befindliche AG Frauen der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf hatte, unterstützt vom Bezirksvorstand, alle InteressentInnen für Mittwoch, den 10.9.2008, ins Bürgerhaus Marchwitzstraße zu einer frauenpolitischen Diskussionsveranstaltung zum neuen Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008 – 2011 (GPR) eingeladen. Der Einladung waren Frauen der LINKEN, aus Frauenprojekten und Stadtteilzentren sowie die Beauftragte für Gleichstellung im Bezirk gefolgt. Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA) übernahm die Moderation.

In der Einführung stellte die Staatssekretärin, Frau Almuth Nehring-Venus, die wesentlichen Aspekte der inhaltliche Weiterentwicklung und strategischen Neuausrichtung in der Berliner Gleichstellungspolitik, wie sie auch in der Koalitionsvereinbarung fixiert wurde, dar.

Bei der inhaltlichen Weiterentwicklung geht es darum, emanzipatorische Ansätze für beide Geschlechter im Blick zu behalten, neue Gestaltungsoptionen der Gleichstellungspolitik zu entwickeln und strukturelle Benachteiligungen zu beseitigen.

Die strategische Neuausrichtung besteht darin, dass frauen-, gleichstellungs- und genderpolitische Schwerpunkte in allen Senatverwaltungen festgelegt werden sollen, die auch in haushaltspolitischen Diskussionen Verbindlichkeit erlangen. Die aktuellen politischen Aufgaben in Berlin werden mit gleichstellungspolitischen Anliegen verbunden, das

heißt die inhaltlichen Zielsetzungen der einzelnen Verwaltungen sollen weiter mit dem Gender-Mainstreaming-Prozess verknüpft werden, indem für zentrale Handlungsfelder gleichstellungspolitische Masterpläne (konkrete Zielsetzungen, konkrete Maßnahmen dazu, Verantwortlichkeiten und Zeitplan) aufgestellt und systematisch bearbeitet werden und jährlich dazu Berichterstattung erfolgt. Für 2009 sind auf Senatsebene die ersten Fachkonferenzen dazu geplant. Diese Prozesse sind in der Berliner Senatsverwaltung sowie in den Bezirken anzuschließen.

In der anschließenden sehr lebhaften Diskussion wurden u.a. auf Beispiele aus anderen Ländern verwiesen, wie sie gleichstellungspolitische Arbeit konkret gestalten und es bildete sich die Überzeugung heraus, dass wir als Frauen in Marzahn-Hellersdorf den Prozess der Umsetzung des GPR auf Bezirksebene einfordern und die Umsetzung begleiten wollen. Dabei können wir auf die gleichstellungspolitischen Leitlinien, die Analysen des Gender Budgeting u.a.m. zurückgreifen und haben mit Dagmar Pohle eine für dieses Aufgabenfeld engagierte Bürgermeisterin. Es liegen somit beste Voraussetzungen vor, dass unser Bezirk bei dieser gleichstellungspolitischen Aufgabe die Nase vorn haben und in Berlin sowie damit auch bundesweit beispielgebend sein könnte. Wir müssen es nur tun: Gleichstellung weiter denken.

Ines P. Scheibe

Weitere Informationen unter www.gleichstellung-weiter-denken.de

Deutschland braucht einen Zukunftsplan, der Ost und West miteinander verbindet

Zum „Tag der Deutschen Einheit“ erklärt der Föderalismusbeauftragte des Parteivorstandes und Ministerpräsidentenkandidat der Thüringer LINKEN, Bodo Ramelow:

Nach fast zwei Jahrzehnten Deutscher Einheit ist es an der Zeit, dass die Regierenden endlich die wirkliche Einheit vollziehen und sich nicht nur in festlichen Reden gute Taten bescheinigen. Nach wie vor gibt es in Deutschland sowohl eine ökonomische als auch geistige Spaltung. Die Mauer ist nicht nur in vielen Politikerköpfen noch präsent, sondern vor allem in deren Handeln.

Noch immer müssen Millionen Bürgerinnen und Bürger im Osten Deutschlands auf eine Rentengleichbehandlung warten, noch immer werden sie mit Billiglöhnen und Ostgehältern abgespeist. Der Riss geht quer durch die gesamte Gesellschaft. Dass ein Land mit 80 Millionen Einwohnern 16 verschiedene Bildungssysteme hat, ist beispielhaft für den Umgang miteinander und schlichtweg eine bildungspolitische Katastrophe.

Statt zielstrebig eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland insgesamt

in Angriff zu nehmen, verfallen die Regierungen zunehmend in Kleinstaaterei. Da wird um eigene Pfründe gefeilscht, da wird armes gegen reiches Bundesland und Ost gegen West ausgespielt.

Wir dürfen nicht, wie die Bundesregierung meint, noch 30 Jahre warten, um die Einheit zu vollziehen. Es ist ein Skandal, wenn der Ostbeauftragte die Rentenangleichung erst 2019 vollziehen will. Will er warten, bis kein Ost-Rentner mehr da ist? Wie sollen wir den zukünftigen Generationen erklären, dass der Bundestag im Jahr 18 der Deutschen Einheit immer noch Gesetze beschließt, die die Spaltung des Landes zementieren?

Damit muss endlich Schluss sein. Deutschland braucht einen Zukunftsplan, der Ost und West miteinander verbindet, der die Menschen spüren lässt, dass sie in e i n e m Staat leben.

(www.die-linke.de)

Bei anderen gelesen:

Grün in bunten Platten

Finanzsenator tourte durch Marzahn

Von Christoph Villinger

Selbst bei trübem Regenwetter sind die Erfolge des Stadtumbaus Ost in Marzahn nicht zu übersehen. Zwischen den Häusern mit bunten Balkonbrüstungen und Fensterrahmen entwickelt sich das Grün und neu angebaute Loggien lockern die Fassaden auf.

Um sich davon einen Eindruck zu verschaffen, machte sich (am 1.10.) Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) auf eine dreistündige Rundtour durch Marzahn – aber auch um zu sehen, »wo die Steuergelder geblieben sind«. Zu Beginn der Tour sagte Degewo-Vorstand Frank Bielka, dass »62 Millionen Euro hier verbaut wurden und werden«. Die Hälfte seien staatliche Zuschüsse, die »andere Hälfte finanziert die Degewo über Kredite«. Mit 17 000 durch das Kundencenter Marzahn betreute Wohnungen hat die größte städtische Wohnungsbaugesellschaft ihren Schwerpunkt in Marzahn. Seit 2003 hat die Degewo im Rahmen des Stadtumbau-Ost-Programms über 3788 Wohnungen abgerissen und 1283 Wohnungen saniert. Zu Beginn des Programms hatte die Degewo in Marzahn noch eine Leerstandsquote von 17,9 Prozent, »doch diese ist inzwischen auf 7,3 Prozent gesunken mit weiter fallender Tendenz«, so Bielka.

Er führte zu den inzwischen sogar international bekannten Ahrensfelder Terrassen und durch die neuen Grünanlagen des Schorfheide-Viertels. Kleine Hügel bringen die Landschaft in Bewegung. Für das Biosphärenreservat typische Kiefern und Gräser wurden angepflanzt und mitten im Grün werden wie eine Schafsherde sogenannte Multifunktionsboxen verteilt, die als Garage oder Gartenlaube nutzbar sind. ... Weiter ging es durch Marzahn-Ost, wo bei den sechsstöckigen Plattenbauten nicht abgerissen wurde, aber neue Balkone und jeweils rund 100 000 Euro teure Aufzüge eingebaut werden. Wegen der alternden Bevölkerung bedeutet »fit machen für die Zukunft« vor allem ein Umbau zu barrierefreien Wohnungen. Ebenso sei es den Technikern der Degewo gelungen, durch vielfältige Maßnahmen die Betriebskosten zu senken. »Die DDR-Platte ist energetisch in Ordnung«, sagte Bielka, »das Problem waren die Fenster und die Fugen«. Sarrazin ließ sich hier nur über die rot-grünen Balkonbrüstungen aus, die er für politisch überholt hielt. Auch störte er sich am Anblick eines grauen Sechsgeschossers gegenüber, aber Bielka betonte, dass die knappen Gelder lieber in die Innensanierung gesteckt werden.

Dies konnte Sarrazin dann gemütlich auf der Couch bei einem Rentnerpaar in ihrer barrierefreien Wohnung in der Hella-Sasse-Straße bewundern. »Bereits einen Monat nach Ende der Bauarbeiten waren alle seniorengerechten Wohnungen voll vermietet«, freute sich Matthias Bahlo, Leiter des Degewo-Kundencenters in Marzahn. Die Tour endete an den Ringkolonnaden, wo sich die Degewo für den aktuellen Rückbau der Platten selbst lobte. Doch diesen Rückbau erkämpfte die Bevölkerung gegen die Degewo, diese hätte lieber alles abgerissen. Und aktuell sammeln die Anwohner Unterschriften für ein Bürgerbegehren, um die südlichen Ringkolonnaden vor dem Abriss zu retten. (Aus: ND)

Liste der Straßenumbenennungen in den Jahren 1933 bis 1945

Name	ab	bis	Heute	Ortsteile
Wagnerstraße	1902	1935	Donizettistraße	Mahlsdorf
Wagnerstraße	1920	1935	Waldbacher Weg	Biesdorf
Lessingplatz	um 1906	1938	Buschiner Platz	Biesdorf
Gustav-Mahler-Straße	1926	1938	Telemannweg	Kaulsdorf
Heinrich-Heine-Straße	1920	1938	Tolkmittstraße	Kaulsdorf
Heinrich-Heine-Straße	1920	1938	Bergdorfer Straße	Mahlsdorf
Liebermannstraße	1920	1938	Schongauerstraße	Mahlsdorf
Mendelsohnstraße	1920	1938	Landvogtstraße	Mahlsdorf
Meyerbeerstraße	1920	1938	Friesacker Straße	Mahlsdorf
Offenbachstraße	1920	1938	Pfalzgrafenweg	Mahlsdorf

BVV-Beschluss zur Heinrich-von Kleist-Bibliothek

Am 25. September fand die Sitzung der BVV im Freizeitforum Marzahn statt. Im Vorfeld der Sitzung demonstrierten Lehrerinnen und Lehrer der Rudolf-Virchow-Oberschule für die Wiederbesetzung der Stelle der Verwaltungsleiterin, die im Januar abgebaut und in den Stellenpool des Landes verschoben wurde. Sie verwiesen die Verordneten auf die Notwendigkeit der Stelle, die die Pädagogen und Schulleitung bei der umfangreichen Organisation und Verwaltung der Schule unterstützt.

Finanz- und Bildungsstadtrat Komoß (SPD) bestätigte die Notwendigkeit von Verwaltungsleiterstellen für die Schulen des Bezirks und verwies auf Gespräche mit der Senatsverwaltung, um eine Finanzierung durch das Land Berlin zu erreichen. Die Linksfraktion unterstützte das Anliegen mit einem Antrag auf Wiederbesetzung der Stelle, der nach Geschäftsordnung in den Hauptausschuss überwiesen wurde. Der Antrag wird im Rahmen der Beratungen zum Ergänzungsplan 2009 behandelt, der in der Bezirksverordnetenversammlung in der ersten Lesung behandelt wurde. Herr Komoß präsentierte die Eckwerte des Plans, der einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt vorsieht und darüber hinaus einen Konsolidierungsbeitrag von 5,6 Mio. Euro enthält.

Zwei Anträge der Linksfraktion zu aktuellen Themen sorgten für lebhafte Debatten. Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Dahler begründete den Antrag der LINKEN, an den heruntergekommenen Punkthochhäusern im Hellersdorfer Dreieck (nahe Cottbusser Platz) ein Schild anzubringen, das über die Eigentümersituation aufklärt und so den privaten Eigner motiviert, seinen Eigentumspflichten nachzukommen. Die unsanierten Gebäude mit z.T. kaputten Fenstern stehen seit Jahren leer und sorgen regelmäßig für Anwohnerproteste und mediale Stigmatisierungen. Bislang ließ der Eigentümer keinerlei Anstrengungen erkennen, diesen katastrophalen baulichen Zustand zu beheben. Der Antrag wurde zunächst in die Ausschüsse überwiesen, um die

rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu klären.

Ein weiterer Antrag der Linksfraktion fand dagegen die Mehrheit der Verordneten. Petra Wermke beantragte, die Heinrich-von-Kleist-Bibliothek in Marzahn NordWest wieder zu öffnen. Die Bibliothek war zum ersten September wegen Personalmangels geschlossen worden. Petra Wermke hob den hohen Stellenwert der Bibliothek für den Stadtteil hervor. Die Bibliothek bietet besonders für die im Stadtteil stark vertretene russisch- und vietnamesischsprachige Bevölkerung Medien. Darüber bietet die Einrichtung vielen sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern in prekären Lebensverhältnissen Zugang zu Kultur und Bildung, die durch Niedriglöhne und „Hartz 4“ ohnehin bereits von vielen kulturellen Angeboten ausgeschlossen sind.

Nach intensiver Debatte stimmte eine Mehrheit aus Linksfraktion und CDU für den Antrag - gegen die Stimmen der SPD.

Torsten Kläring

Marzahner Rathaus – denkmalwürdig

Am 14. September 2008, am Tag des offenen Denkmals, wurde am Alten Rathaus Marzahn eine bedeutungsschwere Plakette angebracht und das Gebäude damit unter Denkmalschutz gestellt. Prof. Dr. Jörg Haspel, Landeskonservator von Berlin, würdigte ausdrücklich den Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn aus dem Jahr 2000, das Rathaus Marzahn unter Denkmalschutz zu stellen. Normalerweise sind Gebäude, die auf die Denkmalliste kommen, viel älter. Es gibt in der ganzen Bundesrepublik nur ganz wenige aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die unter Schutz gestellt wurden. Das Rathaus Marzahn war am 16. Juli 2008 in die Denkmalliste des Landes Berlin eingetragen worden, weil mit ihm ein Gebäude entstanden ist, das trotz industrieller Plattenbauweise individuelle Züge aufweist. Es ist das einzige für seinen Zweck projektierte und in industrieller Bauweise errichtete Bauwerk der DDR. Mit der Eintragung in die Denkmalliste werden dieser besondere Typ eines Rathauses und auch das gesamte Neubaugebiet Marzahn gewürdigt. Gemeinsam brachten dann Petra Pau, Dagmar Pohle, Landeskonservator Prof. Jörg Haspel und der Architekt Prof. Wolf Eisentraut die kleine Plakette am Rathaus an.

Das Rathaus wird weiter als Dienstgebäude genutzt. Es sind allerdings dringende Sanierungsarbeiten notwendig, wobei der Trausaal, die Fassade, das Foyer und der Ratskeller den Auflagen des Denkmalschutzes unterliegen.

Renate Schilling/Foto: Sabine Behrens



Gegen den Vertrag von Lissabon

Die Fraktion DIE LINKE, vertreten durch Gregor Gysi und Oskar Lafontaine hat am 23.6.2008 beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag im Organstreitverfahren gegen das Zustimmungsgesetz zum Lissaboner Vertrag eingereicht.

Der Antrag lautet: „Es wird beantragt festzustellen, dass das Zustimmungsgesetz zum Lissaboner Vertragden Deutschen Bundestag in seinen Rechten als legislatives Organ verletzt und deshalb unvereinbar mit dem Grundgesetz ist.“

Die juristische Begründung ist 56 Seiten lang.

Parallel dazu haben Diether Dehm und andere beim gleichen Gericht Verfassungsbeschwerde gegen das Zustimmungsgesetz ...eingelegt, diese Begründung ist genau so umfangreich.

Im nächsten Jahr sind Europawahlen, das Thema ist und bleibt wichtig, aber wer liest über hundert Seiten?

Wir haben im Vorstand diskutiert und ich übernehme in diesem Beitrag das Risiko, die nach meiner Meinung entscheidenden Ablehnungsgründe zu benennen.

Das Land Berlin hat sich wegen uns in der Bundesratsabstimmung zum Lissaboner Vertrag enthalten müssen. (Die SPD zähneknirschend).

In den verschiedenen Medien liest man immer wieder mal Argumente aus der eigenen Partei die dem Vertrag von Lissabon auch was Gutes abgewinnen können. Man liest, die Iren haben es für uns gerichtet, sie haben mit Nein votiert, die Deutschen durften ja nicht abstimmen. Und dann hört man, die Iren sind mit einer millionenschweren Nationalistischen Kampagne zum Nein beeinflusst worden, obwohl sie doch ihren Reichtum der Europaförderung zu verdanken haben.

Wer sieht da noch durch?

Am ehesten sind sich die LINKEN einig in der Ablehnung des Vertrages, weil mit ihm der Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland über den Kopf des Bundestages hinweg, wenn ich das hier mal so salopp sagen darf, durch den Europarat „einstimmig“ erlassen werden kann, und damit das Prinzip der Parlamentsarmee, das im Grundgesetz verankert ist, verletzt wird. Was soll es, wird mancher fragen, auch im Bundestag stimmt DIE LINKE immer wieder gegen Auslandseinsätze, der Rest dafür. Ist es nicht egal, wo der Beschluss dazu gefasst wird, wenn wir das sowieso nicht verhindern können? Da bin ich bei einem generellen Problem, das die Organklage, die Verfassungsbeschwerde resp. die inhaltlichen Begründungen wie ein roter Faden durchzieht. Es ist von A-Z ein Demokratietheorieproblem. Sind wir als LINKE angetreten, die Demokratie in Deutschland zu retten? Das Grundgesetz zu verteidigen? Ja,

das hat schon Max Reimann prophezeit, im Namen der westdeutschen Kommunisten. Und das ist schon eine Weile her. Genau war es 1949. Zitat :

„Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz... zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, dass wir Kommunisten dieses Grundgesetzes gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben“

Dieser Tag ist längst gekommen. In dieser Tradition der westdeutschen Kommunisten stehe ich gern.

In unserer Verfassungsklage heißt es sinngemäß, dass das Zustimmungsgesetz

verfassungswidrig ist, weil es den Schutz der menschlichen Würde unter den Vorbehalt der Dienstleistungsfreiheit stellt. Nach dem Grundgesetz ist die Würde des Menschen unantastbar. Sie ist oberster Wert der Verfassung, darf weder durch ein Gesetz eingeschränkt, noch mit anderen Grundrechten abgewogen werden, diese Bestimmung ist durch die sog. Ewigkeitsklausel besonders geschützt. Das hat etwas mit der unseligen Geschichte Deutschlands der Weimarer Zeit zu tun, an deren Ende 1933 stand. Da der Europäische Gerichtshof in einem Grundsatzurteil vom 11.12.2007 jedoch entschieden hat, „dass die Ausübung der...Grundrechte, nämlich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Menschenwürde ... mit den Erfordernissen der durch den Vertrag geschützten Rechte... in Einklang gebracht werden und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechen muss, hat er explizit die Abwägung der Menschenwürde proklamiert.

Weiter: Das Zustimmungsgesetz verstößt gegen das Demokratieprinzip des Artikels 20 des Grundgesetzes, weil für die Europäische Rechtsetzung kein ausreichendes Niveau der demokratischen Legitimation geschaffen wird. Artikel 38 des Grundgesetzes gewährleistet u.a. das subjektive Recht jeder Bürgerin und jeden Bürgers auf demokratische Teilhabe. Nun sieht der Lissaboner Vertrag erweiterte Entscheidungsmöglichkeiten für die Union vor, die mit Grundrechtsbeschränkungen für die BürgerInnen verbunden sind, die wiederum demokratisch legitimiert werden müssten. Das erfolgt jedoch nicht über die nationalen Parlamente. Abstimmen kann man darüber im Lande auch nicht. Also ist das subjektive Recht auf demokratische Teilhabe verletzt.

Zudem mangelt es an einem hinreichenden Niveau der demokratischen Legitimation durch das Europäische Parlament selbst. Viele Kompetenzen liegen ausschließlich beim Europäischen Rat, der wiederum ist nicht unmittelbar an die Willensbildung im Volk zurückgebunden. Nach wie vor hat das EU-Parlament kein Initiativrecht. In unserer Klage heißt es, „die Demokratie befindet sich nach dem Lissaboner Vertrag weiter auf dem Niveau des Deutschen Kaiserreiches von 1871 mit einer übermächtigen Exekutive und nicht auf dem Niveau des Grundgesetzes von 1949.“

Weiter: Das Demokratieprinzip des Artikels 20 des Grundgesetzes ist auch deshalb in einer mit dem Artikel 79 III des Grundgesetzes unvereinbaren Weise beschränkt,

weil der Lissaboner Vertrag die EU auf eine marktradikale, neoliberale Politik festlegt. Das demokratische Prinzip wechselnder Mehrheiten verliert damit seine Substanz.

Allen LINKEN würde ich empfehlen, sich Nachfolgendes aus unserer Klagebegründung in großen Lettern ins Stammbuch zu schreiben:

„Demokratie lässt sich u.a. charakterisieren durch die Möglichkeit des friedlichen Wechsels von Regierungen, die sich wiederum auf geänderte Mehrheiten in der Bevölkerung und im Parlament stützen. Ein solcher Wechsel der Mehrheiten muss die Möglichkeit eröffnen, einen Politikwechsel einzuleiten. Während das Grundgesetz.... wirtschaftspolitisch neutral ist, legt der Lissaboner Vertrag die EU auf eine marktradikale Konzeption fest...Eine andere politische Mehrheit in der Bevölkerung Europas könnte deshalb nur über langwierige Prozesse zu einem Richtungswechsel in der Politik, insbesondere der Wirtschaftspolitik führen.“

Eine Aushöhlung des demokratischen Prinzips wechselnder Mehrheiten kann in keinem Falle im Interesse der LINKEN sein. Wie anders wollen wir auf dem Boden des Grundgesetzes die politischen Verhältnisse ändern? Mag mancher einwenden, dass das Grundgesetz schon zu lange und zu oft verletzt worden sei, aber da halte ich es mit Max Reimann.

Wenn wir in unserem Land um durch das Grundgesetz verbrieft demokratische Rechte kämpfen, warum sollten wir dann einen Vertrag von Lissabon akzeptieren, der sie einschränkt? In diesem Sinne sind und handeln wir auch als Europäer.

Norbert Seichter



Post an ND von Wolfgang Albers, stellvertretender Landesvorsitzender

Offenbar herrscht beim „ND“ noch immer sommerliche „Saure-Gurken-Zeit“.

Anders ist es kaum zu erklären, warum Parteieintritte einzelner Personen eine ganze Spalte auf Seite 6 wert sind. Eine „Miss Radikal“ sei in DIE LINKE eingetreten. Und darüber dürfte sich die Führung der Berliner Linken nicht sonderlich freuen, spekuliert Rainer Funke.

Anders als die ehemalige WASG in Berlin, die es zu keinem Zeitpunkt geschafft hat, dem eigenen Anspruch, eine Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu entwickeln, gerecht zu werden, weil unter anderem trotzistische Splittergruppen, deren Mitgliederzahlen nicht einmal größere Telefonzellen füllten, im Kampf um die richtige Linie spinnefeind aufeinander einschlugen, arbeitet DIE LINKE erfolgreich an einer für die Menschen in dieser Stadt spürbaren politischen Alternative.

Deshalb freut sich die sogenannte Führung, die nichts anderes ist, Rainer Funke, als der demokratisch gewählte, alle 14 Tage parteiöffentlich tagende, rechenschaftspflichtige Vorstand dieser Partei, über jedes neue Mitglied, das in die Partei eintritt und hilft, das gemeinsam beschlossene Programm unserer Partei hier in Berlin umzusetzen und unsere Politik mehrheitsfähig zu machen.

Um auch das noch richtigzustellen: Nur 272 von damals angeblich 860 Mitgliedern der Berliner WASG stimmten in der Urabstimmung 2006 für den eigenständigen Wahlantritt.

Es war eine Minderheit, die zum Gaudi der bürgerlichen Medien und zur Freude des Frontstadt-Berlins gegen die LINKE antrat, im Bemühen, sie zu schwächen.

Von den Massen verlassen, suchen ihre Kader nun ein neues Betätigungsfeld. In der Rolle des „Agent provocateurs“ oder als ehrliche

Mitstreiter? „Neue Konflikte“ innerhalb der Berliner LINKEN dürften nun nicht ausbleiben, ahnt Rainer Funke.

Quatsch.

Die nimmt das ganz gelassen, hat sie doch reichlich Erfahrung im Umgang mit dem einen und großen Bedarf an dem andern.

Wolfgang Albers
stellv. Landesvorsitzender

(Neues Deutschland veröffentlichte am 12.09.2008 unter der Rubrik *Personalie* und der Überschrift *Miss Radikal* Folgendes: „Lucy Redler gehört zu den zu den schärfsten Kritikern der Berliner Linkspartei und trat ihr nun bei“, verfasst von Rainer Funke. Darauf reagierte Wolfgang Albers, stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN. Berlin, und stellte auch unserer Redaktion seine an „Neues Deutschland“ gerichtete Leserzuschrift zur Verfügung.)

Aus den Siedlungsgebieten Für eine kinderfreundliche Siedlung!

Mich erreichten in den letzten Tagen mehrere Briefe aus Biesdorf. Zum einen protestierten einige Bewohner der Feuerfalterstraße gegen den Bau eines Spielplatzes in ihrer Nachbarschaft und zum anderen baten mich Eltern dieser Siedlung, sich für die Rechte der Kinder in Biesdorf einzusetzen. Die Protestler beklagen sich, dass sie bei der Planung des Standortes des Spielplatzes nicht einbezogen wurden, und die Befürworter erklären, dass sie sich auch wegen des Kinderspielplatzes für die neue Siedlung entschieden haben. Die Stadt Berlin hat wie die meisten Städte in ihrer Bauordnung Passagen zu Spielplätzen verankert. Kaum ein größeres Wohnprojekt soll ohne die dazugehörenden Spielplätze errichtet werden. In die Planungen des Baufeldes war deshalb seit 1998 auch der Biesdorfer Spielplatz langfristig aufgenommen worden. Spielplätze gehören zu den wichtigsten Orten für die Entwicklung der Kinder außerhalb des häuslichen Bereiches. Das Sozialverhalten, das Kinder auf dem Spielplatz entwickeln, wird zu Fähigkeiten, die bis in ihr Erwachsenenalter wirksam werden. Freude an Spiel und Bewegung sind absolute Grundpfeiler einer guten Entwicklung. Das Spiel, das den kompletten Körper fordert, fördert die Motorik ganzheitlich und trägt zur Verbesserung des Lernverhaltens in Kita und Schule bei. Der Spielplatz wird oft auch zum Treffpunkt zwischen Eltern, Großeltern, den Kindern und Enkelkindern genutzt. Spielplätze müssen seit 1998 der europäischen Norm

DIN EN 1176 und 1177 entsprechen. Damit sind zugleich die ausreichende Sicherheit und die Möglichkeit der Entwicklung von Erlebnisräumen für Kinder gegeben. Das gilt auch in



der Schmetterlingssiedlung, wo Kinder und Enkelkinder in Solidarität der Generationen nicht als Störenfriede, sondern als liebenswerte und zu behütende Gäste willkommen sein sollten!

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV

Kuba braucht dringend unsere Hilfe

Die Hurrikane „Gustav“ und „Ike“ haben Kuba einen kolossalen und für uns Europäer unvorstellbaren Gesamtschaden von weit über vier Milliarden Euro zugefügt. Mehr als 445 000 Wohnungen sind beschädigt, 63 250 Häuser stürzten ein. Allein ihr Wiederaufbau erfordert Investitionen in Millionenhöhe. Die Landwirtschaft ist bei der Überquerung der gesamten Insel durch „Ike“ von Ost nach West schwerstens getroffen worden. Ein Großteil der Ernte ist vernichtet, das Landwirtschaftsministerium beziffert die Verluste auf 700 000 Tonnen Lebensmittel.

Der Regionaldirektor Kuba der Deutschen Welthungerhilfe, Richard Haep, befürchtet eine Nahrungsmittelkrise, die sich in ihrer ganzen Größe erst in einigen Monaten zeigen werde. „Die Folgen sind gravierend, die Schäden massiv“, erklärte er in Havanna. Die kubanische Regierung hat um internationale Hilfe gebeten.

Der Freundeskreis Cuba Marzahn-Hellersdorf ruft alle Freunde des sozialistischen Karibikstaates auf, vor allem mit Geld den schwierigen Wiederaufbau tatkräftig zu unterstützen. Bitte überweist Eure Spenden auf das Konto von Cuba Si: Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Konto 43 82 21 0000, Kennwort „Kuba muss überleben / Freundeskreis Cuba“.
Matthias Herold, Freundeskreis Cuba Marzahn-Hellersdorf



„Rock für Links“ 2008 - ein Rückblick:

800 Besucherinnen feierten den Abschluss des Sommers

**Außerdem: M wie Migration und
18 Jahre Deutsche Einheit - eine kurze Bilanz**

Anlässlich des 3. Oktober

Am 3. Oktober war es wieder einmal soweit. Der Jahrestag des Beitritts der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland jährte sich bereits zum 18. Mal. Die Wiedervereinigung wurde quasi volljährig. Zeit, eine kleine Bilanz zu ziehen.

Während Politik, Wirtschaft und Prominenz die Deutsche Einheit feiern, verdienen Millionen Menschen in Ostdeutschland immer noch weniger als ihre Kolleginnen im Westen. Die Wirtschaftskraft der neuen Länder bleibt unverändert weit hinter der aller anderen Bundesländer zurück. Die ländlichen Regionen, aber auch viele Städte trifft der demografische Wandel aufgrund von Abwanderung der jüngeren Bevölkerung besonders hart.

Gleiches Einkommen für gleiche Arbeit muss endlich gewährleistet werden. Ein bundesweiter Mindestlohn schützt vor Jobs, von deren Bezahlung keine Person ihren Lebensunterhalt bestreiten kann. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für eine Zukunft mit Chancengleichheit, das ist es, was gerade unsere Partei sich auf die Fahnen schreiben sollte.

800 Menschen beim „Rock für Links“

In diesem Jahr fand das antifaschistische umsonst&draußen-Festival nunmehr zum neunten Mal seit 1998 im östlichsten Berliner Bezirk, am 13. September, statt.

Mit „Rock für Links“ soll den Zuständen in Marzahn-Hellersdorf eine antifaschistische Kultur entgegengesetzt und vor allem den alternativen Jugendlichen im Bezirk eine gesellschaftskritische Perspektive vermittelt werden. Dazu wurde das musikalische Programm durch zahlreiche Infostände, u.a. auch durch die Projektwerkstatt WuT, das Antifaschistische Bündnis Marzahn-Hellersdorf oder die Junge Linke ergänzt, sowie im Vorfeld an Schulen und am Festival-Tag auf dem

18 Jahre Deutsche Einheit heißt auch Kriegseinsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes und wieder Erstarben des deutschen Nationalismus. Rechtsextreme Übergriffe nehmen zu und spätestens seit der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 ist es wieder schick, die deutsche Fahne zu tragen.

Mensch könnte meinen, dass alles schlechter geworden ist seit dem 3. Oktober 1990. Doch auch wenn Nazis in Parlamente gewählt werden, die Außenpolitik aggressiv gestaltet, die Umwelt zerstört wird und prekäre Arbeitsverhältnisse gefördert werden, ist es dennoch möglich, die eigene Meinung zu äußern und gegen die Verhältnisse aufzubegehren. Es ist Aufgabe aller Demokratinnen, dies zu tun. Meinungsfreiheit und Demokratie sind die wichtigsten Schritte hin zu einer friedvollen und gerechten Weltgesellschaft.

Christian Schwinge



Gelände verschiedene Materialien verteilt. Außerdem brachten einige junge Antifaschistinnen unabhängig vom „Rock für Links“-Bündnis ein Jugendinfoheft heraus.

Das diesjährige „Rock für Links“ war für die meisten Beteiligten eine schöne Feier und ein angemessener Abschluss des Sommers. Das

M wie Migration

Das Ferne, schön wird es sein. So träumen viele vom Nicht-Alltäglichen, doch für viele Menschen ist dieses so romantisch anmutende Phänomen jeden Tag traurige Wirklichkeit. Der Weg wird zum Ziel, da sich ein Zuhause mangels Arbeit und Nahrung nicht aufbauen lässt.

Wie auch immer die Gründe für eine Migrationsbewegung geartet sind, ob wirtschaftlicher oder politischer Natur, wenige Staaten fühlen sich bisher dazu verpflichtet, den Migrantinnen Schutz zu bieten oder sie aufzunehmen.

Immer mehr Menschen auf der ganzen Welt verlassen ihre Heimat, um ihren Lebensmittelpunkt an einen anderen Ort zu verlegen. Mehr als 150 Millionen Menschen weltweit leben als Migrantinnen in einem Staat, der nicht ihre ursprüngliche Heimat ist. Dies entspricht etwa der doppelten Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland.

Weiterhin tun sich zahlreiche Staaten schwer, ihre Gesetzgebung für Wirtschaftsflüchtlinge, die in globalisierten Zeiten ihr Glück in der Flucht suchen, zu öffnen. Das Asylrecht der Bundesrepublik und der Staaten der europäischen Union setzt hier klare Grenzen und mauert Stein für Stein am Projekt Festung Europa.

Marcus Wolf

Wetter spielte mit und auch sonst kam es zu nahezu keinen nennenswerten Vorfällen. Alles in allem also eine durchaus gelungene Veranstaltung mit der der Bezirk für einen Tag im Jahr antifaschistisch besetzt wurde, mit der Hoffnung, dass im nächsten Jahr wie auf den vergangenen „Rock für Links“ wieder die Zahl von eintausend Teilnehmerinnen überschritten wird und zumindest einige sich aufgerufen fühlen aktiv(er) zu werden gegen Nazis, Rassismus und den ganzen anderen Scheiß nach dem Motto: Marzahn-Hellersdorf nicht in Nazihand, organisiert den antifaschistischen Widerstand!

„Rock für Links“-Bündnis

Veranstaltungen

» **19.10., 10 - 17 Uhr**, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, **Hauptversammlung** der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf, u.a. mit Wahl der Landesparteitagsdelegierten

» **14.10., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Diskussionsabend** zum Thema: „Anregungen zum Umgang mit der Geschichte - zur Erklärung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE“, Referent: Prof. Dr. Stefan Doernberg, Moderation: Dr. Wolfgang Girmus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **21.10., 18 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Buchlesung** über Rudolf Herrnstadt. Die Schriftstellerin Irina Liebmann liest aus ihrem Buch „Wäre es schön? Es wäre schön! - Mein Vater Rudolf Herrnstadt“. Das auf der Buchmesse in Leipzig ausgezeichnete Buch zeichnet ein vielschichtiges Porträt des prominenten SED-Führungsmitglieds (Mitgründer der Berliner Zeitung und des Berliner Verlages, Chefredakteur des ND, Inspirator des Baus der Stalinallee und des NAW), der 1954 in Folge der Auseinandersetzungen in der Parteispitze nach dem 17. Juni 1953 aus der SED ausgeschlossen wurde. Herrnstadt wohnte nach 1945 mit seiner Familie einige Zeit im Gerstenweg im Biesdorfer „Getreideviertel“. Die Schriftstellerin signiert ihre Bücher. Eintritt 5 Euro. Eine Veranstaltung der „Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte Schloß Biesdorf e.V.“

» **31.10., 20 Uhr**, **Konzert mit der Gruppe „kiltyfanad“**, Musik aus Irland und der Bretagne sowie Lieder von Gerhard Gundermann, Umweltstation ALPHA II auf dem Abenteuerspielplatz Marzahn-Nord, Schorfheidestraße 52, 12689 Berlin, Tram M 8 und 16, direkt an der Endhaltestelle Ahrensfelde, Eintritt 10 Euro, mit Vorbestellung 8 Euro (Telefon 030 9339275)

» **11.11., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Diskussionsabend** zum Thema: „Neue Medien - alte Kommunikation? Was machen die Medien mit uns - und wir mit ihnen? Hat uns die digitale Revolution außer noch mehr Geschwindigkeit, außer noch mehr Apparate zwischen uns etwas gebracht? Die neue Mündlichkeit - jetzt!!!“, Referent: Lutz Potschka, Moderation: Dr. Wolfgang Girmus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **21.11., 19 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **„Musik und Politik im Schloss“** mit Bärbel Holzheuer-Rothensteiner und Carl Wechselberg (MdB), Regina Kittler (BVV), Mick's Washboard mit Blues und Jazz der 20er Jahre

Hinten links

Ca. 923 Millionen Menschen hungerten ...

... im Jahr 2007 in dieser reichen Welt.

Paradoxerweise leben von diesen Hungernden mehr als zwei Drittel in der Landwirtschaft.

Die FAO (UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) erwartet wegen der Preisexplosion bei Grundnahrungsmitteln in diesem Jahr (Weizen um +130 %) eine weitere drastische Zunahme Hungernder. Wir meisten Deutschen leben im „Speckgürtel“ und leisten uns neben weit gereisten Südfrüchten z. Bsp. auch aus einheimischen Früchten sowie von hiesigen Kühen gemolkener Milch produzierten Landlebenerdbeer-Joghurt. So ein Becher Joghurt legt auf europäischen Straßen 8.447 km zurück, bis er endlich im Supermarktregal landet!

Frage

Wie stehen die Deutschen als die „Umwelt“-Meister zu der von österreichischen Umweltaktivisten erhobenen Forderung nach einer gesonderten Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel mit mehr als 500 km Transportweg?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **14.10. und 28.10.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

- » **5.11.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
- » **5.11.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64
- » **6.11.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26
- » **6.11.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

- » **23.10.** 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**
- » **23.10.**, 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahn Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

- » **13.10., 17 - 18 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller** (MdB), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin
- » **15.10., 14 - 16 Uhr**, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (MdB), Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin
- » **22.10., 16 - 18 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380
- » **27.10., 16 - 17 Uhr**, **Dr. Margrit Barth** (MdB), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536
- » **11.11., 18 - 19.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdB), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Geschlossen: Mittwoch

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 6.10.2008. Auslieferung ab: 8.10.2008. **Druck:** Eigendruck. **„Marzahn-Hellersdorf links“** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 6.11. und 4.12.2008.